



Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Sven Giegold

Mitglied des Europäischen Parlaments
Bündnis 90/Die Grünen



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Juni 2012

Autorenpapier Energieeffizienzrichtlinie

Vor dem Hintergrund unserer selbst gesteckten Klimaschutzziele, knapper werdender Ressourcen und steigender Rohstoffpreise wird der Zugang und Umgang mit Energieressourcen eine immer wichtigere Rolle in Deutschland und ganz Europa spielen. Die Abhängigkeit der EU-Staaten vom Import fossiler Energieträger belastet die Außenhandelsbilanz besonders südeuropäischer EU-Staaten extrem und ist damit eine Ursache dafür, dass Kaufkraft und Wertschöpfung aus den Ländern abfließen. Der Energieeffizienz kommt daher eine Schlüsselrolle zu. Denn Energieeffizienz ist die sauberste, billigste, sicherste und sofort verfügbare Energieressource. Sie hat zudem enorme wirtschaftliche Potenziale. Sie senkt die Energiekosten, vermindert den Kapitalabfluss in Exportländer für Erdöl und Erdgas und löst erhebliche Investitionen für die heimische Wirtschaft aus. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung blockiert weite Teile der derzeit im Abschluss befindlichen Energieeffizienzrichtlinie auf EU-Ebene. Sie verharnt weiterhin in ihrer alten Denke, dass Effizienzpolitik die Wirtschaft belastet, und vertraut ausschließlich auf freiwillige Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung und -einsparung. Doch es braucht gerade jetzt eine verbindliche und ambitionierte Energieeffizienzpolitik – nicht zuletzt um im die immensen Importkosten für Öl, Gas und Kohle in die EU-Staaten zu reduzieren, die Kosten für den Umbau der Energiesysteme hin zu einer erneuerbaren Vollversorgung gering zu halten und damit einen Beitrag zur finanziellen Stabilisierung der Volkswirtschaften und ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu leisten.

Europa ist ein rohstoffarmer Kontinent, der von Importen aus anderen Erdteilen abhängig ist. Dieser Abhängigkeit müssen wir entgegenwirken. Menge und Preis der importierten Rohstoffe, insbesondere von fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle sind in den vergangenen Jahren EU-weit massiv gestiegen. Allein zwischen Oktober 2010 und September 2011 haben die 27 EU-Staaten fossile Rohstoffe im Wert von über 408 Milliarden Euro importiert.

Die EU-Kommission hat im Juni 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Energieeffizienz¹ vorgestellt. Mit Energieeffizienzmaßnahmen soll dabei der Import von fossilen Energieträgern verringert werden. Mit ihr würde erstmalig ein politischer Rahmen für alle Bereiche der Energiewertschöpfungskette, von der Energieumwandlung über die –verteilung bis zum –verbrauch, geschaffen werden.

Bereits 2007 hatten sich die europäischen Regierungschefs auf das politische Ziel geeinigt, den Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent zu senken. Das europäische Parlament hat sich darüber hinaus immer wieder für die Verbindlichkeit dieses Zieles ausgesprochen. Mit ihrem Entwurf für eine Energieeffizienzrichtlinie² reagiert die EU-Kommission auf die alarmierende Tatsache, dass die EU das 20 Prozent-Ziel nach Schätzungen zahlreicher Experten und der EU-Kommission ohne weitere Maßnahmen nur zur Hälfte erreichen wird.

¹ Der Vorschlag zur Effizienzrichtlinie fußt auf und ersetzt die bestehenden Richtlinien zu Energiedienstleistungen (2006/32/EG) und Kraft-Wärme-Kopplung (2004/8/EG).

² Siehe <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0370:FIN:DE:PDF>



Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Sven Giegold

Mitglied des Europäischen Parlaments
Bündnis 90/Die Grünen



Oliver Krischer

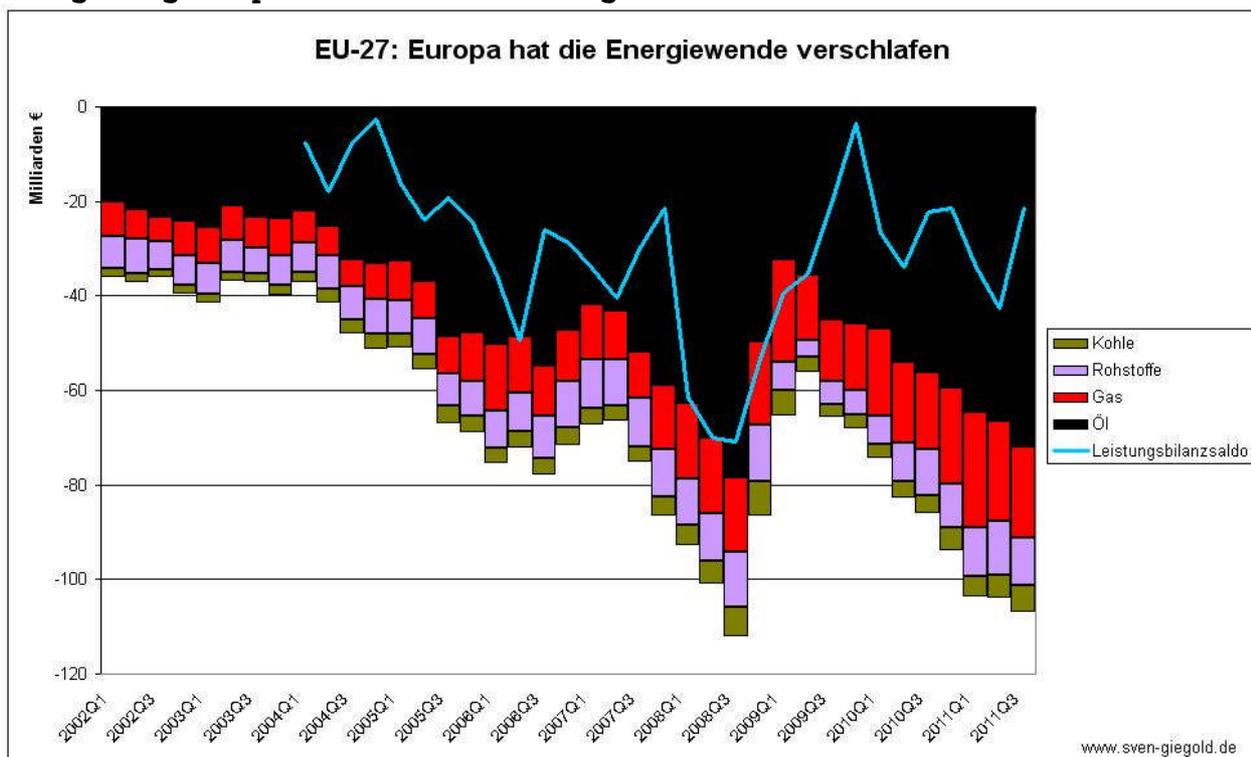
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Zentrales Element des Vorschlages der Kommission ist dabei ein Anreizrahmen für Endenergieeffizienzmaßnahmen in Artikel 6 der Richtlinie. Dies würde bedeuten, dass Energieversorger verpflichtet werden, Einsparungen von 1,5 Prozent des Energieabsatzvolumens des Vorjahres, bei den Endkunden zu erzielen. Dies nützt nicht nur dem Klima, sondern reduziert auch die Rohstoffabhängigkeit und damit die Ausgaben der gesamten Wirtschaft. Starke Effizienzreize erhöhen die Innovationsgeschwindigkeit, forcieren Investitionen in die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und tragen damit zur Wettbewerbsfähigkeit bei. Zudem sinken die Energiekosten der Bürgerinnen und Bürger. Aber auch in weiteren Bereichen sieht der Entwurf der Richtlinie wichtige Effizienzziele vor. So soll etwa der öffentliche Gebäudebestand durch Artikel 4 der Richtlinie mit einer drei-prozentigen Sanierungsquote jährlich saniert werden und durch Artikel 5 die öffentliche Beschaffung vorbildlich werden. Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll durch Artikel 10 zudem an Bedeutung gewinnen. Dazu soll jeder Mitgliedsstaat in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren den Fortschritt beim KWK-Ausbau der Kommission melden und geeignete Instrumente schaffen, um die hocheffiziente und klimafreundliche KWK, bei der Strom und Wärme gleichzeitig erzeugt wird, im Energiemarkt voranzutreiben.

Verschuldung der EU-Staaten ist auch Resultat steigender Energiepreise

EU-Krisenländer wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien haben in der Vergangenheit deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren und leiden unter immensen Finanzierungsproblemen. Ein differenzierter Blick zeigt aber auch: Sie haben über ihre ökologischen Verhältnisse gelebt und tun dies auch weiterhin.

Energieträgerimportkosten und Leistungsbilanz der 27 EU-Staaten



Quelle: Giegold/Mack (2012): Eurorettung nur mit Green New Deal: <http://bit.ly/lpy7Jb>



Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Sven Giegold

Mitglied des Europäischen Parlaments
Bündnis 90/Die Grünen



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Aus dieser Grafik wird der direkte Zusammenhang zwischen Leistungsbilanzdefiziten und den steigenden Importkosten für Kohle, Gas, Öl und weiteren Rohstoffen deutlich. Immer dann, wenn die Importkosten steigen, steigt auch das Defizit, sinken die Importkosten, ging auch das Leistungsbilanzdefizit zurück.

Exemplarisch soll nachfolgend an drei EU-Staaten (Italien, Griechenland und Deutschland) aufgezeigt werden, in welchem direkten Zusammenhang Wirtschaftsleistung und Import von Energierohstoffen stehen und welche Einflüsse eine ambitionierte und verbindliche Energieeffizienzpolitik – durch die Umsetzung der EU-Richtlinie – hätte.

Italien

In Italien haben sich seit Ausbruch der Wirtschaftskrise 2009 die Ölimportkosten um mehr als das Eineinhalbfache auf mittlerweile 31 Mrd. Euro (2011) erhöht. Im selben Jahr wuchs die Wirtschaftsleistung jedoch lediglich um 0,2 Prozent. Gleichzeitig vergrößerte sich der Schuldenberg der öffentlichen Haushalte auf mittlerweile über 1,8 Billionen Euro. Damit summieren sich die Verbindlichkeiten auf 119 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes bei einer Neuverschuldungsquote von über 4 Prozent. Ein Grund für das starke Leistungsbilanzdefizit und die schwierige finanzielle Situation sind somit u.a. die hohen Energieimportkosten. Das Land gehört zu den EU-Staaten mit den höchsten Energiepreisen.

Griechenland

Die anhaltende Rezession in Griechenland hat dazu geführt, dass auch die Ausgaben für den Import von Energierohstoffen in jüngster Vergangenheit rückläufig waren. Das beruhte jedoch weniger auf einer Verbrauchsminderung oder gar ökologischen Strukturreformen, sondern auf unbezahlten Rechnungen gegenüber den Öl-Lieferländern. Es ist jedoch zu befürchten, dass sobald die Wirtschaftsleistung Griechenlands wieder zunimmt, auch die Importkosten für fossile Energieträger wieder steigen. Griechenland ist gefangen im Teufelskreis zwischen teuren Rohstoffimporten, Kaufkraftabfluss und dadurch am Ende entstehenden weiteren Schulden. Mit einem Umschwenken auf ein auf Nachhaltigkeit getrimmtes Wirtschaftsmodell mit mehr erneuerbaren Energien und Energieeffizienz könnte das Land langfristig nicht nur wirtschaftlich wieder an Stärke gewinnen, sondern auch die Schuldenkrise besser bewältigen.

Deutschland

Neben den in erheblichen Wirtschafts- und Finanzschwierigkeiten befindlichen Staaten haben auch die relativ stabilen Volkswirtschaften wie Deutschland zunehmend ein Problem mit steigenden Kosten für Energieimporte. Dies sieht man nicht zuletzt an den stetig steigenden Benzinpreisen. So musste Deutschland von Oktober 2010 bis September 2011 über 108 Mrd. Euro für 262 Mio. Tonnen an fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen aufwenden. Die Bundesrepublik trägt zudem mit 26 Prozent mehr als ein Viertel aller EU-Energieträger- und Rohstoffimporte. Dies macht deutlich, dass auch Nationen wie Deutschland erhebliches Einsparpotential bei den Energiekosten realisieren können, wenn sie zu-



Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Sven Giegold

Mitglied des Europäischen Parlaments
Bündnis 90/Die Grünen



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

künftig verstärkt in Energieeffizienz investieren. Doch dazu bedarf es des politischen Willens, den die derzeitige Bundesregierung vermissen lässt.

Schwarz-gelbe Bundesregierung sitzt in Brüssel im Bremserhäuschen

Obwohl das Ziel, den Primärenergiebedarf bis 2020 um 20 Prozent zu senken, 2007 unter der EU-Präsidentschaft von Bundeskanzlerin Merkel beschlossen wurde und sich auch im Energiekonzept der Bundesregierung wiederfindet, haben es Union und FDP bisher versäumt, dieses Ziel mit Inhalten zu füllen und es verbindlich zu gestalten. Und noch schlimmer: Mit ihrer Blockade bei der europäischen Effizienzrichtlinie setzt die Bundesregierung 120.000 neue Arbeitsplätze aufs Spiel und verhindert eine Entlastung von Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbrauchern um 14 Milliarden Euro pro Jahr, wie aus einer Studie³ des Ifeu-Instituts Heidelberg hervorgeht. Allein durch die verbindlichen Energieeinsparungen in der Effizienzrichtlinie wäre es möglich, bis zum Jahr 2020 Energieimporte im Wert von 50 Mrd. Euro jährlich einzusparen. Dieses Geld könnte dann statt an multinationale Öl- und Erdgas-Konzerne in die europäische Binnenwirtschaft fließen. Als großer Verbraucher würde Deutschland bei Erfüllung des 20 Prozent-Zieles etwa zu einem Fünftel zur Erreichung des EU-weiten Zieles beitragen.

Doch das Zögern und Zaudern hat bereits zu katastrophalen Ergebnissen geführt. Deutschland wird das von Angela Merkel durchgesetzte EU-Ziel krachend verfehlen. Bestenfalls 12,8 Prozent könnten es bis 2020 werden. Die Entkopplung des Energieverbrauchs von der Wirtschaftsleistung verläuft in Deutschland nicht schnell genug, der absolute Energieverbrauch ist seit Jahren nahezu konstant. Damit wird Deutschland weiter zum Schlusslicht und fällt deutlich hinter Länder wie Österreich, Frankreich und Spanien zurück.

Energiesparen braucht Planungssicherheit durch Verbindlichkeit und eine zielgenaue Förderung. Union und FDP müssen endlich ihre Blockade bei der Effizienzpolitik beenden. Merkel, Rösler und Co. sollten sich dabei an ihre eigenen Aussagen erinnern. Bundeskanzlerin Merkel etwa hatte in ihrer Regierungserklärung vom 9. Juni 2011 betont, dass „Energieeffizienz nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa ein neues Markenzeichen werden soll“. Wie wenig ihr Wort bisher gilt, zeigt der anhaltende und vehemente Widerstand von Bundeswirtschaftsminister Rösler gegen jegliche Einsparverpflichtung. Sein Vorwurf, die Einsparverpflichtung sei „Sozialismus“ und „Planwirtschaft“, ist falsch und fadenscheinig. Wenn in einem für die Volkswirtschaft und öffentlichen Daseinsvorsorge zentralen Bereich wie dem der Energie Marktversagen die Regel ist, ist ein ordnungspolitische Eingriff des Staates in einer sozialen Marktwirtschaft nicht nur angebracht, sondern unumgänglich. Denn die Folgekosten des Klimawandels werden in den Marktpreisen nicht abgebildet und die Risiken zukünftiger Knappheiten erscheinen nur unzureichend. Eine Korrektur solchen Marktversagens macht die Märkte effizienter.

³ Siehe Ifeu-Institut Heidelberg ‚Energie, Kosten und Stromimporte sparen: Der Beitrag der EU-Effizienzrichtlinie zu einer ambitionierten Effizienzpolitik‘, abrufbar unter http://www.gruenebundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/binaer/ifeustudie_energieeffizienz.pdf.



Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Sven Giegold

Mitglied des Europäischen Parlaments
Bündnis 90/Die Grünen



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Zudem ist mehr Energieeffizienz auch wirtschaftspolitisch sinnvoll, denn Umwelt und Ressourcen schonende Technologien sind Treiber für die wirtschaftliche Entwicklung und werden die Märkte der Zukunft prägen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung verharnt weiterhin in ihrer alten Denke, dass Effizienz die Wirtschaft belastet und sie hält stur an freiwilligen Maßnahmen fest. Es zeigt die Ignoranz der Koalition, denn es ist mehr als offensichtlich, dass ohne Anreize und Ordnungsrahmen viel zu wenig passiert. Deutschland muss bei der Energieeffizienz mehr tun und darf sich nicht hinter kleinen Erfolgen verstecken. Mit ihrer Forderung nach einer verstärkten Anerkennung frühzeitiger Maßnahmen (sogenannter „early actions“) im Rahmen der Energieeffizienzrichtlinie tut die Bundesregierung jedoch genau das. So sollen z. B. die energetischen Gebäudesanierungen – die seit 2009 stattfanden – bei Inkrafttreten der Richtlinie 2014 angerechnet werden, was faktisch dazu führt, dass Deutschland kaum etwas tun muss. So jedenfalls wird sich die Lücke zum 20 Prozent-Ziel nie schließen lassen und Deutschland muss auch weiterhin hohe Summen für den Import von Energierohstoffen aufbringen.

Energiekostenanstieg bei Bürgerinnen und Bürgern bremsen

Vor allem die Bürgerinnen und Bürger in den EU-Mitgliedsstaaten müssen für die Einfuhr von fossilen Energieträgern und anderen endlichen Rohstoffen tief in die Tasche greifen. Im Durchschnitt muss jeder EU-Bürger pro Jahr 812 Euro für die Einfuhr dieser Rohstoffe aufbringen. In Deutschland sind es jährlich sogar 1.327 Euro. Die Internationale Energieagentur (IEA)⁴ hat errechnet, dass 2011 jeder Haushalt fast 11 Prozent des Einkommens für Energie ausgeben muss. Dies ist ein neuer Rekord. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Zahlen angesichts knapper werdender Ressourcen noch weiter steigen werden. Von den absehbaren Preissteigerungen sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen betroffen, die die gleiche Menge an Energie für Heizung, Beleuchtung, Kochen und Transport benötigen, wie Gutverdienende. Damit sind die hohen Kosten für fossile Rohstoffe am Ende auch eine soziale Frage. Es droht Energiearmut. Effizientere Energieverwendung ist ein nachhaltiger und wirksamer Weg um zu verhindern, dass die steigenden Energiekosten zu einer finanziellen Überlastung der Bürgerinnen und Bürger führen.

Fazit und Handlungsempfehlung

Die in den EU-Krisenländern eingeleiteten Sparanstrengungen zur Sanierung der öffentlichen und privaten Haushalte führen alleine nicht zur Reduzierung der Schulden. Im Gegenteil: Das einseitige Sparen setzt eine Abwärtsspirale in Gang. Zur Reduzierung der Leistungsbilanzdefizite benötigen wir vor allem einen grundlegenden Strukturwandel. Dazu gehört eine Reduzierung des Energieverbrauchs und der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Nur so kann der Energie- und Rohstoffhunger der Länder gebändigt werden. Investitionen in mehr Energieeffizienz – und dadurch weniger Energierohstoffimporte – sind ein wichtiger doch derzeit

⁴ Siehe ‚Soaring oil prices risk recession‘ Financial Times 23.03.2012, abrufbar unter <http://www.ft.com/cms/s/0/ff0abf58-750d-11e1-a98b-00144feab49a.html#axzz1wS0BjdEm>.



Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Sven Giegold

Mitglied des Europäischen Parlaments
Bündnis 90/Die Grünen



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

kaum genutzter Schlüssel zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Staaten in der EU und damit auch ein Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Auch wenn auf absehbare Zeit vor allem auf den Import von Erdöl, Erdgas und Kohle nicht vollständig verzichtet werden kann, würde durch verbindliche Effizienzmaßnahmen der Import signifikant verringert werden. Eine starke EU-Energieeffizienzrichtlinie und die damit einhergehende ökologische und ökonomische Weitsicht und weniger ideologische Verbohrtheit auf Seiten der schwarz-gelben Bundesregierung sind notwendig.

Zahlreiche Unternehmen sind hier bereits weiter. Sie haben die Vorzüge von Investitionen in Maßnahmen zur Energieeinsparung bereits erkannt. So appellieren beispielsweise Haushaltgerätehersteller oder auch das Bauhandwerk an die Politik, durch verbindliche Maßnahmen – etwa in Artikel 6 der Energieeffizienzrichtlinie – das Thema Energieeffizienz ernsthaft voranzutreiben. Doch einzig und allein eine politische Flankierung von Seiten der schwarz-gelben Bundesregierung fehlt bisher.

Daher fordern wir die Bundesregierung auf, sich in Brüssel endlich für eine ambitionierte Effizienzpolitik einzusetzen, statt auch dort zu bremsen. Eine wirkliche und verbindliche Energieeffizienzpolitik ist ein wesentlicher Baustein im Rahmen der Energiewende. Denn es reicht nicht aus, nur aus der Atomkraft auszusteigen, die Potentiale der Energieeffizienz und den Erneuerbaren Energien jedoch nicht ambitioniert umzusetzen.